

Einiges mehr erfahren Sie auf unserer Homepage:
www.aktiomed.de

Empfehlungen für Investment-Anlagen in Investmentfonds, geschlossene Fonds und Immobilien

AKTIOMed Postfach 310147, 53201 Bonn Tel.: 0228/18467-0 / www.aktiomed.de
Versand: Vierfarbig per Post oder e-mail (PDF-Datei, zu öffnen mit Acrobat Reader)

Liebe Leserin, lieber Leser,

der Wahlkampf Bundestagswahl 2021 kann beginnen, alle **Wahlprogramme** liegen vor, aus diesen kann der interessierte Stimmbürger genau ersehen, was er von den einzelnen Parteien erwarten kann, wenn diese zur Mehrheit im Parlament gehören und die **neue Bundesregierung** bilden werden. Fein säuberlich ist aufgeschrieben, was gemacht werden soll, was es kostet und wer es bezahlt. Aufwachen aus diesem schönen Traum!! Diese Programme gibt es nicht! Dies liegt nicht nur an den Parteien, sondern vor allem an dem Wähler, der offensichtlich unangenehme Wahrheiten nicht wissen will. Davon können vor allem die Grünen ein Lied singen: Sprit für 5,00 DM, sofort ein Drittel Wählerverlust, eine fleischloser Tag in der Kantine, auch erhebliche Wählerverluste und jetzt Sprit 16 % teurer, schon droht ein deutliches Abrutschen in den Umfragen. Die öffentliche Auseinandersetzung über dieses Thema verstummte dagegen rasch, als **Union-Fraktionschef Brinkhaus** darlegte, daß auch die von der großen Koalition beschlossenen Klimaziele zu einem solchen höheren Spritpreis führen würden.

Dabei stehen in den nächsten Jahren in einigen Teilbereichen der Politik wichtige Weichenstellungen bevor. Alles überstrahlt die Bekämpfung des **Klimawandels**, denn die Zeit des Weichspülens und des Schönredens nähert sich dort dem Ende, ganz unabhängig von der Corona-Pandemie, die kommt zu den Herausforderungen des Klimawandels noch hinzu, vor allem im Hinblick auf die **finanziellen Belastungen**. Gleiches gilt für die Rentenpolitik, dort gelten die jetzigen Rahmenbedingungen nur bis 2025. Nach der Bundestagswahl warten auf jede neue Regierung wirtschaftspolitische Herkules-Aufgaben. Werden diese nicht gelöst, sägen wir weiter am Ast, auf dem wir sitzen. Aber kann Politik überhaupt so **Ruck-fähig** sein? Und wie schauen eigentlich die Aktienmärkte auf die bundespolitische Gemengelage? Leider konnten sich die zuletzt meist Großen Koalitionen nur auf den kleinsten gemeinsamen Nenner einigen: Einen immer weiter aufgeblähten Sozialstaat. Gegen Sozialleistungen ist ja nichts einzuwenden, wenn er von einer florierenden und wettbewerbsfähigen Wirtschaft gedeckt ist. Ohnehin sind dann weniger Sozialleistungen erforderlich, da es reichlich Arbeitsplätze gibt.

Wie Tony Blair von den **Reformen Maggie Thatchers** haben auch die letzten Bundesregierungen lange von der Agenda-Politik Schröders profitiert. Doch mit Blick auf sein politisches

Schicksal lieb man lieber die Finger weg von fortgesetzten Strukturereuerungen. Damit aber ist Deutschland im wirtschaftlichen und technologischen Wettbewerb hinter **Amerika und China** zurückgefallen. Anders ausgedrückt: Mit Wettbewerbsmüdigkeit lassen wir Wachstumspotenziale ungenutzt. Genau die sind aber notwendig, um die Fixkosten des Sozialstaats zu finanzieren. In puncto Standortqualitäten wurde in Deutschland viel versäumt. Nach der Wahl muss die Politik vom Sofa runter. Die bürokratischen Bleiwesten müssen abgelegt werden. Große Infrastrukturprojekte können bei uns von der Planung über alle gerichtlichen Entscheidungen bis zur Vollendung -zig Jahre dauern. Darauf wartet in einer Welt mit hochkompetitiven Standorten niemand. Warum wohl gehen Start-Ups mit pfiffigen Ideen so gerne nach Amerika und warum finden die großen Börsengänge an der Wall Street und nicht bei uns statt?

Digitalisierung und Netzqualitäten sind die neuralgischen Wettbewerbsfaktoren unserer Zeit. Es ist staatliche Aufgabe, dass die großen Mängel, die Deutschland hier hat, schnellstmöglich beseitigt werden. Auch haben wir Defizite in der Batteriezellfertigung, Quantentechnologie, bei künstlicher Intelligenz oder Cloud-Computing. Nicht zuletzt braucht diese industrielle Revolution viel Strom. Wenn Deutschland aber bei Stromkosten weiter den unrühmlichen Titel Europameister innehat, werden wir im Standortwettbewerb nur Trostpreise erzielen. Nicht zuletzt müssen in der Altersvorsorge alte Zöpfe abgeschnitten werden. Da Zinsen aufgrund der Überschuldung und Renten aufgrund der Demographie keine vernünftigen Niveaus mehr erreichen können, müssen alternative Formen der Vermögensbildung her. Zunächst ist die Förderung von Wohneigentum wichtig. Bauflächen müssen zügiger freigegeben und administrative Hemmnisse wie Grunderwerbssteuern und Baugenehmigungverschleppungen abgebaut werden. Vor allem aber muss das Aktiensparen steuerlich gefördert werden. Ansonsten wird der Staat mangels ausreichender **Altersvorsorgemasse** zukünftig immer mehr Sozialleistungen zahlen müssen. Diese Wahrheit haben die nicht **marktradikalen** Schweden längst begriffen, warum wir nicht?



Hans Kreideweiss
GF AKTIOMed

Zinserhöhungen in den USA eher möglich ?

Die Bewertung europäischer Aktien gegenüber den USA könnte sich in diesem Jahr grundlegend ändern, davon sind immer mehr Marktbeobachter und Analysten überzeugt. Dementsprechend wächst der Optimismus für die hiesigen Aktien, die bisher noch hinter der **Wall Street** herhinken und jetzt mehr Luft nach oben haben. In den kommenden Monaten ist nach Experteneinschätzung mit einem Konsumboom in Europa zu rechnen. Zusätzliche Impulse dürften von staatlichen Investitionen kommen: Die Gelder des „**Next EU Generation Funds**“ werden ab Juli fließen. Vor allem die südeuropäischen Länder dürften davon einen signifikanten Wachstumsimpuls erhalten. Die große Hoffnung ist, dass die Kombination aus staatlichen Investitionen und Reformen in den kommenden Jahren einen **Produktivitätsschub** in Europa ermöglicht.

Es gibt eine ganze Reihe von Faktoren, die nicht nur in Deutschland, sondern auch in den Nachbarländern für wachsende Zuversicht sorgen - beispielsweise die Euphorie unter europäischen Dienstleistern durch die lang ersehnte Öffnung

von Geschäften, Restaurants und Hotels. Inzwischen haben die Gewinnschätzungen für den MSCI Europe schon wieder das Niveau von vor der Pandemie im Februar 2020 erreicht. Europa hinkt damit nur zwei Monate den USA hinterher. Man erwartet jedoch, dass die Gewinnschätzungen für Europa in den kommenden Monaten weiter nach oben revidiert werden und Europa sogar die USA einholen kann. Das sollte für Rückenwind an den Aktienmärkten sorgen und bestätigt die Zuversicht der Strategen, dass die Aktienmärkte im Euroraum gegenüber dem Trendsetter Wall Street aufholen können. Zwar liegt der breite gesamteuropäische Index **Stoxx 600** in seiner Wertentwicklung seit dem Corona-Kurstief im März 2020 noch mehr als **10 Prozentpunkte** hinter dem US-amerikanischen S&P 500, der **DAX** notiert dagegen fast auf gleicher Höhe.

Während in den USA eine Zinswende 2022 nahezu sicher scheint, wird in der EURO-Zone noch reichlich diskutiert werden. In der Diskussion in den USA wird die öffentliche Verschuldung des Bundes und die damit verbundenen

Zinszahlungen kaum problematisiert. Auch der **dortige Bundeshaushalt** dürfte dann noch mehr ins Ungleichgewicht fallen, wenn statt **0,5 % Zinsen** auf einmal zwei Prozent oder gar noch mehr gezahlt werden müssen. Der noch vorhandene Vorteil der USA, daß mit der **Binnenwährung** alle Einfuhren gezahlt werden, wird in diesem Zusammenhang noch nicht einmal diskutiert. Offensichtlich ist die Einschätzung des US-Finanzministers John Connally aus dem Jahre 1971 für die meisten Marktteilnehmer immer noch aktuell: **„Der Dollar ist unsere Währung, aber Euer Problem.“** So sind den auch Diskussionen über Zinserhöhungen in den USA eher ein Treibsatz für einen steigenden US-Dollar, in der EURO-Zone wird die Diskussion über eine Zinswende dann auch Fahrt aufnehmen, allerdings eher als mögliche Gefahr für viele Staatshaushalte, obwohl deren Defizitquote so viel größer als in den USA auch nicht ist. Unabhängig davon sind tiefer gehende und lang anhaltende Diskussionen über Zinserhöhungen für die Aktienkurse gefährlich. Insbesondere die **Wachstumswerte (Growth)** würden dann um ihr aktuelles Kursniveau fürchten müssen.

Alternative Investments: Eckdaten unserer Empfehlung für Ihre Investition



Fondsname: Solarportfolio 2
Initiator: HEP Capital
Währung: EURO
Volumen: Nur Eigenkapital
Mindestsumme: 10.000.-
Dauer: 10 Jahre
Ausschüttung: 6,00 % p.a.
Rückfluss: Nach 10 Jahren: 151 %

Die Investitionen erfolgen in Solaranlagen in USA, Japan, Deutschland und Kanada. Sie werden realisiert, wenn bestimmte Voraussetzung beim Investitionsobjekt erfüllt sind. Hierzuland gehören u.a. eine gesicherte Einspeisevergütung, eine Netzanschlußzusage, der Abschluß umfassender Versicherungen sowie ein Service- und Wartungsvertrag.



Fondsname: Aircoating Technologie
Initiator: Patentpoll Group
Währung: EURO
Volumen: Nur Eigenkapital
Mindestsumme: 20.000.-
Dauer: Geplant 5 Jahre
Ausschüttung: Unbestimmt
Rückfluss: Nach 5 Jahren: >100 %

Die Zeichner beteiligen sich an einem Unternehmen, das neuartige Beschichtungsstoffe für die Außenhaut von Schiffen, sowohl für Binnen-, als auch für Seeschiffahrt entwickelt hat. In den nächsten Jahren wird eine kleine Produktionsanlage gebaut und vollständig in Betrieb genommen. Ein Businessplan liegt vor und erste Umsätze werden in 2021 erwartet.



Zeichnungen noch bis Ende 2021 möglich !

Fondsname: Jamestown 31
Initiator: Jamestown GmbH
Währung: US-Dollar
Volumen: 250 Mio. EK.
Mindestsumme: 30.000.-
Dauer: 7-12 Jahre
Ausschüttung: 2,0%/4,0% p.a. a.2022
Rückfluss: 7-12 Jah. 110 % (Netto)

Bei diesem Angebot erwirbt der Fonds mehrere Investitionsobjekte, wobei eine Diversifikation im Hinblick auf regionale Standorte, Immobilienart und Mieter angestrebt wird. Bevorzugt sind vor allem Einzelhandels- und Büroobjekte in den Metropolitan Areas, wie Boston, New York, Washington D.C., Los Angeles, San Francisco und vergleichbare Städte.

Keine De-Globalisierung!

Die starke Vernetzung der Weltwirtschaft einschließlich der Schwellenländer im Allgemeinen und China im Besonderen war ein Faktor für die Schnelligkeit in der Verbreitung **Coronavirus SARS-CoV-2**, so daß schnell eine Pandemie entstand. Während China und seine Nachbarn das Infektionsgeschehen mit zum Teil drakonischen Maßnahmen vergleichsweise schnell eingrenzen konnten, boten besonders jene Länder dem Virus einen Nährboden, deren Regierungen das Problem verharmlosten: Neben US-Präsident Trump war dies zunächst vor allem in **Brasilien** der Fall. Aber auch die **indische Regierung** unterschätzte die Gefahr. Deshalb wütete der Virus in den vergangenen Monaten vor allem in Brasilien und Indien, **zwei großen Emerging Marktes**. Investoren halten sich zurück. Und so zeigen die Aktienmärkte der Schwellenländer denn auch **relative Schwäche**. In der gleichen Zeit sind die Aktienmärkte der etablierten Volkswirtschaften dagegen um **zweistellige Prozentsätze** gestiegen. Doch Befürchtungen, die schwache Wertentwicklung der Emerging Markets im laufenden Jahr könnten schon Ausdruck eines übergeordneten Paradigmenwechsels sein, werden von Volkswirten und Kapitalmarktexperten zurückgewiesen. Die relative Schwäche ist eher eine Kaufgelegenheit. Mit dem Regierungswechsel in den USA dürften die weltpolitischen Risiken nachlassen. Gerade Emerging-Market-Anlagen dürfte das sehr entgegenkommen. Eine weitreichende **De-Globalisierung**, bei der die Handelsbeziehungen zwischen Industrie- und Schwellenländern dauerhaft stark verringert werden, erscheint zudem unwahrscheinlich.

Auf dem Prüfstand stehen allerdings ausgewählte, sensible Lieferketten, beispielsweise in der **Pharmabranche** oder bei der Versorgung mit Halbleitern. Eine Analyse der aktuellen Versorgungsengpässe zeigt aber, dass die Probleme weniger aus der geographischen Lage der Produktionsstätten resultieren als vielmehr aus allgemeinen Kapazitätsgrenzen. So hat bei der Mikrochipproduktion in den vergangenen Jahrzehnten aufgrund des Kostendrucks ein weitreichender Konzentrationsprozess stattgefunden. Wenn in den nächsten Jahren zusätzliche Fertigungskapazitäten in Industrieländern aufgebaut werden, ist das weniger Ausdruck einer De-Globalisierung als

eine Reaktion auf die höhere globale Nachfrage. Das Volumen der internationalen Handelsströme wird nicht schrumpfen, sondern weiterwachsen.

Dass der grenzüberschreitende Handel nicht zurückgeht, sondern weiter an Bedeutung gewinnt, zeigt auch die Gründung der Freihandelszone **„Regional Comprehensive Economic Partnership“**, kurz „RCEP“, im Fernen Osten bzw. pazifischen Raum. Diese „Regional Umfassende Wirtschaftliche Partnerschaft“ umfasst 15 Länder mit 2,2 Milliarden Einwohnern, die zusammen gut 25 Billionen Dollar im Jahr erwirtschaften. Außer zehn Staaten, die sich schon in der ASEAN organisiert hatten, wie Thailand, Malaysia, Vietnam, die Philippinen und Indonesien, gehören der RCEP auch Japan, Australien und Neuseeland an. Dominiert wird der neue Handelspakt aber von der Volksrepublik China. Die Freihandelszone macht 29 Prozent des globalen Sozialprodukts aus und kommt damit schon jetzt bis auf vier Prozentpunkte an die Größe der Europäischen Union heran.

Die Kapitalmärkte honorierten die Gründung der **RCEP** mit Kursgewinnen. Insgesamt beurteilen die Marktteilnehmer die Emerging Markets zunehmend differenzierter, aber sehen sie nicht als **strukturellen Verlierer** der Corona-Pandemie. Der weltweite Schwellenländer-Aktienindex hatte sich im vergangenen Jahr vom Crash sogar schneller erholt als der Durchschnitt der etablierten Aktienmärkte. Bis Mitte Februar diesen Jahres kletterte **MSCI Emerging Markets** auf ein neues Rekordhoch. Die Phase der relativen Schwäche danach, die man mithin auch als Konsolidierung der Kursgewinne zuvor werten kann, ist überschaubar. Der Anstieg der US-Anleiherenditen auf mehr als 1,25 Prozent bei zehn Jahren Laufzeit löste nicht nur eine Rotation von Growth- in Value-Aktien aus, sondern beendete zunächst auch mal den **Kapitalstrom** in die Emerging Markets. Betroffen sind vor allem Emerging Markets mit geringen Devisenreserven, hoher Auslandsverschuldung und schwachen Handelsbilanzen. Wenn dies mit einem Mangel an Wirtschaftskompetenz bei der politischen Führung zusammenfällt, wie im **Fall der Türkei** unter Erdogan, sind Währungs- und Wirtschaftskrisen die Folge. Anleihe-Experten von HSBC zufolge gehören auch Brasilien, Indonesien, Mexiko und Südafrika zu den stärker gefährdeten Emerging Markets. In Europa schneidet Polen relativ schlecht ab.

Bitte faxen an: **0228-18467-10** oder eine e-mail an: **aktiomed@t-online.de**

AKTIOMed vertraulich - Juni 2021

| | | |
|--|------------|---------------|
| Name: _____ | PLZ: _____ | Ort: _____ |
| Tel.: _____ | FAX: _____ | e-mail: _____ |
| Bitte Information über <input type="radio"/> US-Immobilienfonds Jamestown 31 <input type="radio"/> Patentpool Gruppe | | |
| <input type="radio"/> Solarportfolio 2 | | |
| <input type="radio"/> Bitte um Information über ein Depot bei der Frankfurter Fondsbank (nur per Mail) | | |
| <input type="radio"/> Bitte die Fondsdaten folgender Fonds übersenden: _____ (nur per Mail) | | |